



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG, FAMILIE, FRAUEN UND SENIOREN

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren
Baden-Württemberg · Postfach 103443 · 70029 Stuttgart

Datum 24.11.2011

Name Herr Tech

Durchwahl 0711 123-3641

Aktenzeichen 43-4305.1-4.3

(Bitte bei Antwort angeben)

Verteiler per E-Mail:

An die

Regionalen ESF-Arbeitskreise
der Stadt- und Landkreise

An alle Träger ESF-geförderter Projekte
im Förderbereich Arbeit und Soziales

Landeskreditbank Baden-Württemberg

nachrichtlich:

Ministerium für Wirtschaft und Finanzen

Justizministerium

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Ministerium für den Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit

Kommunalverband für Jugend und Soziales

Kommunale Landesverbände

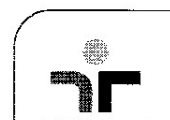
Sozialpartner

Verbände der Liga der freien Wohlfahrtspflege

EU-Finanzkontrolle (EFK)

ESF-Team

Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH (ISG)





Aktuelle Mitteilungen aus der ESF-Verwaltungsbehörde

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Rundschreiben wollen wir Sie über weitere wichtige Änderungen bzw. Entwicklungen im Zusammenhang mit der ESF-Umsetzung informieren und bitten Sie um Beachtung:

1. Bewilligungsbescheid

a) Belegführung

Im Zusammenhang mit Vor-Ort-Kontrollen durch die EFK wurde geklärt, dass die für die Dienststellen des Landes geltende Vorschrift des § 70 LHO und der VV hierzu (insbesondere Nr. 11 ff.) zur Dokumentation der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit keine verbindlichen Geltung gegenüber den Zuwendungsempfängern (ZE) haben. Die von den ZE zu beachtenden Bestimmungen ergeben sich aus den jeweiligen Bewilligungsbescheiden. Daraus ergibt sich jedoch keine Verpflichtung, zur Wahrung des sog. Vier-Augen-Prinzips die sachliche und rechnerische Richtigkeit auf allen Originalbelegen zu dokumentieren.

Deshalb wurde in Nr. 4 im Abschnitt Belegführung der erste Spiegelstrich, in welchem auf den Belegen die Bestätigung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit verlangt wird, ersatzlos gestrichen. Die notwendige Dokumentation, dass nur solche Belege eingereicht und zur Auszahlung kommen, die entsprechend geprüft wurden, wird hinreichend durch die weiteren Spiegelstriche der Nummer 4 gewährleistet. Insbesondere wird durch den letzten Spiegelstrich gewährleistet, dass der Träger von der Bewilligungsstelle angehalten wird, für entsprechende Kontrollnachweise und eine entsprechende Dokumentation dieser internen Kontrollen zu sorgen.

Die Änderung wurde in den Projekt- und Programmbescheiden ESF bereits umgesetzt.

b) Form der Aufbewahrung von Belegen

Die Bestimmungen in Art. 90 VO (EG) Nr. 1083/2006 und in Art. 19 VO (EG) Nr. 1828/2006 werden wie folgt präzisiert:

Hinsichtlich der in Art. 19 Abs. 5 VO (EG) Nr. 1828/2006 genannten „allgemein anerkannten Datenträger“ wird festgelegt, dass bei **Fotokopien von Originalen** es sich um beglaubigte Kopien (mit den Originalen übereinstimmend bescheinigte Fassungen) handeln muss.

Die **elektronische Fassung von Originalen** erfolgt auf optischen Datenträgern (z.B. CD-Rom, Festplatte oder Magnetplatte); diese Aufzählung ist nicht abschließend. Die genannten Datenträger sind Teil der nach „handelsrechtlichen Regelungen zulässigen Speichermedien“; nur „unveränderbare“ Datenträger sind zulässig.

Im Hinblick auf den technischen Fortschritt wird für die Archivierung empfohlen, dass die ZE jeweils Sicherheitskopien erstellen. Die Träger haben dafür Sorge zu tragen, dass digitalisierte Belege im Prüfungsfalle entsprechend handelsrechtlichen Regelungen reproduzierbar sind.

Sofern die Belege **nur in elektronischer Form** aufbewahrt werden sollen, ist zu beachten, dass das verwendete DV-System den national anerkannten Sicherheitsstandards genügt und den zu beachtenden handels- und abgabenrechtlichen Rechtsvorschriften entspricht. Unter revisionssicherer elektronischer Archivierung versteht man die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen, die den Anforderungen der §§ 239 und 257 HGB, §§ 146, 147 und 200 der AO und den GoB (Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung) entsprechen.

Unbeschadet einer etwaigen steuerrechtlichen Verpflichtung zur Aufbewahrung von Originalen besteht neben der Digitalisierung der Originalbelege nach EU-Recht **keine zusätzliche** Verpflichtung zur Vorhaltung der Originalbelege. Den Trägern wird jedoch empfohlen, aus Sicherheitsgründen die Originalbelege dennoch vorzuhalten. Dabei werden die handelsrechtlichen Verfahren hinsichtlich der Bestätigung der Übereinstimmung mit den Originalen akzeptiert.

Zum Nachweis der Revisionssicherheit kann der ZE z.B. die von ihm verwendete Systeme von einem unabhängigen Dritten zertifizieren lassen oder der Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater des Unternehmens übernimmt die Überprüfung der Einhaltung der Vorgaben und die Zertifizierung von elektronischen Archivsystemen.

c) Belegaufbewahrung bei Geschäftsaufgabe/Geschäftsübergabe und Insolvenz

Im Bewilligungsbescheid ist geregelt, dass der ZE verpflichtet ist, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die für die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder das Belassen des Zuschusses oder für dessen Rückforderung erheblich sind (vgl. Nr. 2 Schlussbestimmungen). Bei einer **Geschäftsaufgabe/Geschäftsübergabe** oder auch einem **Insolvenzfall** handelt es sich um einen **förderrelevanten Sachverhalt, der vom ZE zu melden ist**. Auch in Nummer 5.6 der ANBest-P, die Bestandteil des Bewilligungsbescheides sind, wird der ZE verpflichtet, unverzüglich dem Zuwendungsgeber anzuzeigen, wenn ein Insolvenzverfahren gegen ihn beantragt oder eröffnet wird. Weiterhin ist im Bescheid geregelt, dass der ZE Belege über die Förderung bis zum 31.12.2023 aufzubewahren und für die zur Prüfung befugten Behörden und deren Beauftragten bereitzuhalten hat. Der geplante Aufbewahrungsort der Unterlagen ist bereits bei der Antragstellung mitzuteilen. Spätere Änderungen des Aufbewahrungsortes sind der Bewilligungsstelle unverzüglich mitzuteilen. Sofern erforderliche Meldungen unterbleiben, stehen dem Zuwendungsgeber sowohl gegenüber dem ursprünglichen Empfänger des Bewilligungsbescheides wie auch gegenüber dessen Rechtsnachfolger Zwangsmittel nach dem Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz zur Verfügung, um entsprechende Meldepflichten oder Auskünfte zu erzwingen. Im Falle der Insolvenz mit folgendem Insolvenzverfahren wäre der Adressat solcher Maßnahmen nicht mehr der ZE, sondern der Insolvenzverwalter (vgl. § 80 Insolvenzordnung – InsO-). Verletzt der Insolvenzverwalter Pflichten aus dem Bewilligungsbescheid (einschließlich der ANBest-P), folgt daraus eine Haftung nach § 60 InsO.

2. Vereinfachtes Nachweisverfahren der eingesetzten Sozialversicherungsbeiträge als Kofinanzierung in ESF-Projekten ab 2012

Neben dem ALG II-Regelsatz sind auch Sozialversicherungsbeiträge zum ALG II, die für die Projektteilnehmenden von der Grundsicherungsstelle abgeführt werden, kofinanzierungsfähig. Da die Sozialversicherungsbeiträge bei ALG II-Beziehern nicht mehr aus den Leistungsbescheiden der Teilnehmenden hervorgehen, mussten bisher alle abgeführten SV-Beiträge von der zuständigen Grundsicherungsstelle bescheinigt werden. Für Personen im ausschließlichen ALG II-Bezug, die gesetzlich kranken- und

pflegeversichert sind, soll der Kofinanzierungsnachweis für die im ESF-Projekt eingesetzten SV-Beiträge ab 2012 vereinfacht werden.

Werden Sozialversicherungsbeiträge für Personen, die sich ausschließlich im ALG II-Bezug befinden und pflichtversichert in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung sind, als Kofinanzierung im ESF-Projekt eingesetzt, wird der Leistungsbescheid der Teilnehmenden zukünftig als ausreichender Nachweis der eingesetzten Kofinanzierung bei der Abrechnung akzeptiert. In diesen Fällen ist kein zusätzlicher Einzelnachweis über die abgeführten SV-Beiträge seitens der Grundsicherungsstelle erforderlich, da die abgeführten SV-Beiträge immer in gleicher Höhe anfallen. Dieses vereinfachte Nachweisverfahren gilt allerdings nur für den o.g. Personenkreis, **nicht für Personen im kombinierten ALG II und ALG I-Bezug und nicht für Personen die ALG II und Erwerbseinkommen beziehen.**

Der Träger muss bei diesem vereinfachten Nachweisverfahren genau dokumentieren, welche Person aus der Bedarfsgemeinschaft der Teilnehmende im Projekt ist. Ergänzend zur Belegliste sollte eine Aufstellung vorgehalten werden, aus der die Einzelbeiträge für den jeweiligen Zeitraum und das Datum des Leistungsbescheides hervorgehen. Der Projektträger muss sicherstellen, dass er für den vereinfachten Nachweis immer die jeweils aktuellen SV-Beiträge, die im betreffenden Zeitraum von der Arbeitsagentur/Grundsicherungsstelle für den Teilnehmenden im Projekt abgeführt werden, verwendet und muss sich aktiv über Änderungen informieren. Bei Bestehen einer unentgeltlichen Versicherung (Familienversicherung) dürfen keine SV-Beiträge abgerechnet werden. Ob der Teilnehmende familienversichert oder entgeltlich versichert ist, kann dem jeweiligen Leistungsbescheid entnommen werden.

Die Sozialversicherungsbeiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung für Personen im ausschließlichen ALG II-Bezug betragen derzeit (ab 1.1.2011) monatlich 149,38 Euro (131,34 Euro GKV, 18,04 Euro GPV). Eine Anpassung der Beitragshöhe erfolgt in der Regel jährlich zum 1. Januar und wird jeweils im Rahmen von Rundschreiben, die auch unter www.esf-bw.de eingestellt werden, veröffentlicht werden.

3. Abgabetermin 31. März 2012 für statistische Daten und den Verwendungsnachweis

Im Jahr 2011 haben deutlich mehr Projektträger als in den Vorjahren ihre Verwendungsnachweise sowie die statistischen Daten (Teilnehmerstammblatt, Projektstammblatt sowie Outputindikatoren) fristgerecht bis zum 31. März eingereicht. Dennoch versäumten auch in diesem Jahr mehrere Dutzend Projektträger diese für die Berichterstattung an die EU-Kommission äußerst wichtige Frist.

Wir bitten die Projektträger daher sehr eindringlich, entsprechend den Vorgaben des Bewilligungsbescheides alle Daten für das Jahr 2011 bis **spätestens 31. März 2012** an die L-Bank zu senden. Bei Problemen z.B. bei der Datenbeschaffung oder -eigabe wenden Sie sich bitte rechtzeitig an die zuständigen Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen der L-Bank oder im Sozialministerium an Frau Philipp (Tel.: 0711-123-3629, E-Mail: annett.philipp@sm.bwl.de).

Bei Projekten, deren Daten nicht fristgerecht vorliegen, werden wir wie bereits in diesem Jahr im Rahmen unserer Risikoanalyse zusätzliche Vor-Ort-Prüfungen durchführen.

4. Wesentliche Ergebnisse der Verwaltungskontrollen und Vorhabenprüfungen der Europäischen Finanzkontrolle (EFK)

Auch in diesem Jahr wurden sowohl von der L-Bank als zwischengeschalteter Stelle der Verwaltungsbehörde als auch von der Europäischen Finanzkontrolle zahlreiche Projekte einer Überprüfung unterzogen.

Aus den von der L-Bank getroffenen Feststellungen ist kein Systemfehler erkennbar. Allerdings ist seit 2007 ein Anstieg bei den Feststellungen zu nicht projektnotwendigen Kosten auszumachen, der auf mehrere Gründe zurückgeführt werden kann. Zum Einen wurden die Vorgaben zu den förderfähigen Aufwendungen im Jahr 2011 überarbeitet. Hierin wurde z.B. ausdrücklich aufgeführt, **dass Instandhaltungskosten generell nicht förderfähig sind**. Hingegen wurde die grundsätzliche Förderfähigkeit von Bewirtungskosten (nur bei Dritten) bestätigt. Auch wurden die Vorgaben für die erlebnispädagogischen Projektbestandteile überarbeitet und ab 2011 als fester Bestandteil in die Bewilligungsbescheide im Förderbereich Arbeit und Soziales aufgenommen.

Die Häufigkeit der seit dem Jahr 2007 von der L-Bank im Rahmen der Verwaltungskontrollen getroffenen Feststellungen ergibt sich aus folgender Übersicht:

Art der Feststellung	Häufigkeit (Mehrfachnennung)
Kosten, die im Rahmen der ESF-Förderung nicht notwendig sind (z.B. Bewirtung, GEMA-Gebühren, Ausflüge, Freizeitmaßnahmen, Kosten ohne konkreten Projektbezug; Instandhaltung)	120
Sonstiges (z.B. fehlerhafte Berechnung Reisekosten; Rundungs- und Übertragungsfehler; fehlende Belege; falscher Mwst-Satz; Anwaltskosten; verpflichtende Eigenmittel; Kostenblock um mehr als 20% überschritten)	85
Skonto nicht abgezogen	54
Kosten außerhalb Abrechnungszeitraum	48
Probleme mit den Personalkosten (falsche Zurechnung, Überschreitung Landesbedienstete, Altersteilzeit)	39
Fehlerhafte Berechnung Abschreibungen (inkl. Pool)	31
Fehlerhafte Berechnung Kofinanzierung	29
Fehlerhafte Umlageschlüssel	19
Verstoß gegen die Publizitätspflichten	13

Mittlerweile sind auch die insgesamt 79 Vorhabenprüfungen und 8 Systemprüfungen der EFK abgeschlossen. Auch hier beruhen im Ergebnis die meisten Feststellungen auf Verstößen gegen die Förderfähigkeitsregelungen.

Die Träger werden daher gebeten, insbesondere die seit Januar 2011 geltende Aufstellung der förderfähigen Aufwendungen zu beachten und sich im Zweifelsfall mit der L-Bank abzustimmen. Weiterer Schwerpunkt der Feststellungen der EFK waren Verstöße gegen die **Publizitätsverpflichtung**. Insbesondere ist darauf zu achten, dass auf die Förderung aus Mitteln des ESF ausreichend durch Verwendung des ESF-Logos und der Europafahne hingewiesen wird. Soweit entsprechende Logos bzw. Hinweise nicht auf Plakaten, Flyern, Homepages, Formularen, Zeitungsanzeigen etc. abgebildet sind, dürfen die Kosten hierfür nicht abgerechnet werden.

Auch in den Veranstaltungsräumlichkeiten sollte z.B. über Plakate auf die ESF-Förderung hingewiesen werden. Entsprechende Plakate werden von der Verwaltungsbehörde vorgehalten und können dort unentgeltlich bestellt werden.

Näheres hierzu unter <http://www.esf-bw.de/esf/index.php?id=72>

Zunehmend werden **Verstöße gegen Vergabevorschriften** gerügt, was zu gravierenden finanziellen Feststellungen und entsprechenden Rückforderungen führen kann. Um dies zu vermeiden, werden die Träger gebeten, sich über aktuelle Entwicklungen im Vergabebereich z.B. an Hand der Arbeitshilfen von EPM zu informieren.

Näheres hierzu unter <http://www.esf-epm.de/esf-handbuch/arbeitshilfen-von-a-bis-z/stichwortkatalog.html>

Insgesamt erfreulich ist aber, dass auch bei dieser zweiten Vorhabenprüfung die Fehlerquote deutlich unter der Toleranzgrenze von 2 % liegt.

Mit freundlichen Grüßen



Monika Burkhard